

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 8, 2023

1. Niedersachsen

1.1. Hannover: Moschee erhält rechtsextremistischen Drohbrief

Zwei Monate nach dem Brandanschlag auf das Gebäude der Moschee der Milli Görüs in Hannover-Nordstadt (s. Mitteilungen 5/2023, S. 1) hat die Moschee einen rechtsextremistischen Drohbrief erhalten.

Das Schreiben sei mit „NSU 2.0“ unterzeichnet, teilte der Regionalvorsitzende der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), Recep Bilgen, mit. Der Brief nehme Bezug auf die Brandstiftung Ende Mai. Wörtlich heiÙe es: „Euer Imbiss ist nur der Anfang. Wir kommen wieder.“ Als Absender sei eine Frau aus Osnabrück genannt. Ein Porträtfoto sei beigefügt.

Nach Erkenntnissen der Polizei hat die angebliche Absenderin nichts mit den Drohungen zu tun. Es handele sich offenbar um eine Rufmord-Kampagne gegen eine Osnabrücker Familie. Die Gesamtzahl der Schreiben liege mittlerweile bei 34, mit Schwerpunkten in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Neben Moscheen seien auch einige christliche Gemeinden bedroht worden. Ein Zusammenhang mit der Brandstiftung sei aktuell nicht zu erkennen, sagte ein Polizeisprecher ([mehr](#)).

Der evangelische Stadtsuperintendent Rainer Müller-Brandes verurteilte den jüngsten Drohbrief aufs schärfste. „Fast auf den Tag genau zehn Jahre nach dem verheerenden Brandanschlag auf die Willehadikirche in Garbsen. Es ist Zeit, Gräben zu überwinden und Klischees zu vermeiden.“ Müller-Brandes ist zugleich einer der Sprecher des Rates der Religionen Hannover ([mehr](#)).

1.2. Hannover: Verband Milli Görüs fordert Polizeischutz für Moscheen

Nach dem Drohbrief und dem Brandanschlag auf eine Moschee in Hannover (s.o. 1.1.) hat der Träger der Moschee, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), Polizeischutz für Moscheen gefordert. Die Behörden sollten nicht warten, bis etwas passiere, sagte der Regionalvorsitzende der IGMG, Recep Bilgen, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Es müssten grundsätzlich Sicherheitsmaßnahmen für Moscheen ergriffen werden „Wenn nicht jetzt, wann dann?“

Der islamische Landesverband Schura Niedersachsen unterstützte die Forderung. In den Gemeinden mache sich zunehmend Unruhe breit, sagte der Vorsitzende Kerim Ocakdan. Er schlug vor, die Polizei könne etwa bei den Freitagsgebeten vor den Moscheen Präsenz zeigen. Ihre Verbände stünden bereit, sich mit der Landesregierung und der Polizei über geeignete Maßnahmen auszutauschen, so Ocakdan und Bilgen. „Man könnte mit den bedrohten Gemeinden anfangen.“ Ocakdan ist zugleich stellvertretender Vorsitzender der IGMG in Braunschweig.

Das niedersächsische Innenministerium erklärte dazu, aktuell lägen keine Erkenntnisse darüber vor, dass muslimische Einrichtungen in Niedersachsen besonders gefährdet seien. Die regionalen Polizeibehörden tauschten sich regelmäßig mit den Islamverbänden aus und berieten über Möglichkeiten des Selbstschutzes. „Grundsätzlich gilt, dass die niedersächsische Polizei zum Schutz von gefährdeten Objekten immer anlassbezogene und gefahrenabwehrende Maßnahmen trifft“, sagte ein Ministeriumssprecher auf Anfrage des epd. Wer hinter dem Brandanschlag im Mai steckt, ist nach wie vor unbekannt. Die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Hannover dem epd ([mehr](#)).

1.3. Osnabrück: Leiter des Islaminstituts fordert Ahndung von Koranverbrennungen

Der Direktor des Instituts für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück, Bülent Ucar, hat sich für eine strafrechtliche Verfolgung von Koran-Verbrennungen ausgesprochen.

„Natürlich gehört es zur Meinungsfreiheit, Religionen zu kritisieren und auch scharf zu attackieren. Eine Grenze ist aber dann überschritten, wenn eine ganze Menschengruppe herabgewürdigt, erniedrigt und diffamiert wird“, sagte Ucar im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Genau darauf zielten die Aktionen in Schweden und Dänemark ab: „Das ist für mich Volksverhetzung und sollte strafrechtlich geahndet werden.“ Menschen, die eine Tora verbrennen würden, würde zu Recht eine antisemitische Gesinnung zugeschrieben, so Ucar weiter. „So ist es auch hier: Man verbrennt den Koran und meint die muslimische Minderheit.“

In Schweden und Dänemark hatte es mehrfach Demonstrationen gegeben, bei denen der Koran angezündet worden war. In einigen islamischen Ländern war es daraufhin zu schwerer Gewalt gegen schwedische und dänische Einrichtungen gekommen (s. Mitteilungen 7/2023, S. 1–2). Ucar appellierte an die muslimische Gemeinschaft, sich nicht provozieren zu lassen. Genau das wollten die Demonstranten erreichen: „Man will zeigen, dass Muslime potenziell gewaltbereite Menschen sind und mit Kritik nicht umgehen können“ ([mehr](#)).

1.4. Osnabrück: Ucar kritisiert Entwicklung des Islamischen Religionsunterrichts

Der Direktor des Instituts für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück, Bülent Ucar, hat die Entwicklung des Islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen scharf kritisiert.

Bei einer Gesamtzahl von 1,5 Millionen muslimischen Schülerinnen und Schülern sei es geradezu „lächerlich“, dass nur 69.000 von ihnen Islamischen Religionsunterricht erhielten, sagte Ucar im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). „Normal wäre es, wenn 60 bis 70 Prozent in islamischer Religion unterrichtet würden.“

Ucar erinnerte daran, dass die Bundesregierung schon vor 20 Jahren angekündigt hatte, deutschlandweit Islamischen Religionsunterricht einzuführen. „Dass bisher so wenig passiert ist, empfinde ich als skandalös.“ Die verfassungsrechtlich verbrieft Wahlfreiheit werde den muslimischen Schülern vorenthalten.

Das liege nicht etwa daran, dass keine Religionslehrer zur Verfügung stünden, so Ucar. „Im Gegenteil, unsere Absolventen finden keine Stellen, weil die Kultusministerien in den Ländern keine schaffen.“ Viele Schulleiter wollten keinen islamischen Religionsunterricht. Sie sähen den Religionsunterricht allgemein als Auslaufmodell. Zudem fürchteten sie um die Fächer „Werte und Normen“ bzw. „Ethik“, die derzeit mangels Alternative häufig von muslimischen Schülern besucht würden.

Langfristig sehe er den Religionsunterricht angesichts der fortschreitenden Säkularisierung in Gefahr, sagte Ucar weiter. Der Druck derjenigen, die ihn abschaffen wollten, werde immer größer. Die Religionsgemeinschaften müssten daher jetzt ein Konzept für einen gemeinsamen, interreligiösen Unterricht entwickeln. „Wenn wir zu lange warten, werden wir in 20 Jahren keine Gestaltungsspielräume mehr haben“ ([mehr](#)).

1.5. Celle: Vandalismus gegen Gebäude der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten

Das Gebäude der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten in Celle ist mutwillig beschädigt worden. Einige Fensterscheiben seien zerstört worden, und eine Informationstafel sei herausgerissen worden, teilte die Stiftung mit.

Die Geschäftsführerin der Stiftung, Elke Gryglewski, vermutet einen Zusammenhang mit einem Landesparteitag der AfD in Celle. Die Stiftung hatte mit weiteren Akteuren zu einer Gegendemonstration aufgerufen. „Natürlich haben wir keinen Beweis“, sagte Gryglewski dem NDR-Fernsehen. Nach Hetze in den Sozialen Medien sei der Bezug aber sehr naheliegend.

Auch der Vorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, Michael Fürst, sieht diese Verbindung nach eigenen Worten „ganz klar“. „Wir sind auf einem gefährlichen Kurs“, sagte Fürst. „Wir müssen als Demokraten darauf achten, dass wir die Unterstützer der rechten Szene und der AfD nachhaltig mit demokratischen Mitteln bekämpfen“. Der Jüdische Weltkongress in New York rief dazu auf, den Schutz der Stiftung und der von ihr getragenen Gedenkstätte Bergen-Belsen zu verstärken ([mehr](#)).

1.6. Was sonst noch war

– Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers trauert um ehemaligen Landesbischof Horst Hirschler ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Frankfurt: Bürgermeisterin fordert Schließung des Zentrums für Islamische Kultur

Die Frankfurter Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne) fordert die Schließung des „Zentrums der Islamischen Kultur Frankfurt“ (ZIK). Der Verein mit Sitz im Stadtteil Rödelheim habe nach Angaben des hessischen Innenministeriums enge Verbindungen zur „Blauen Moschee“ in Hamburg, die als „verlängerter Arm des islamistischen Regimes im Iran“ gelte, teilte die Stadt Frankfurt mit.

Bürgermeisterin und Diversitätsdezernentin Eskandari-Grünberg warnte vor dem Einfluss des Irans in Deutschland: „Das Terrorregime im Iran hat Religion zu einer Waffe gemacht. Es gibt im Iran keine Trennung zwischen Religion und Politik. Die islamistische Ideologie macht das Leben für die iranische Bevölkerung seit mehr als 40 Jahren unaushaltbar. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Ideologie auch hier verbreitet wird.“

Es sei in dieser Situation „eine Verpflichtung“, dem ZIK in Frankfurt Einhaltung zu gebieten. „Während die Menschen im Iran alles riskieren, um in Würde zu leben, hat das Regime in Deutschland immer noch viel zu große Freiheiten. Das Regime nutzt religiöse Einrichtungen als verlängerten Arm, um Propaganda zu verbreiten und Oppositionelle einzuschüchtern. Diese Gemeinden sind politische Einrichtungen und müssen genauso wie die diplomatischen Vertretungen des Terrorregimes geschlossen werden“, so Eskandari-Grünberg ([mehr](#)).

Anfang August hatte das hessische Innenministerium auf eine Kleine Anfrage des Frankfurter Landtagsabgeordneten Turgut Yüksel (SPD) informiert, dass das ZIK eng mit dem „Islamischen Zentrum

Hamburg“ zusammenhänge. So sei etwa das Grundstück 2012 vom Hamburger Zentrum erworben worden und habe sich noch 2022 in dessen Eigentum befunden. Nach Auffassung des hessischen Verfassungsschutzes war der Erwerb des Grundstücks „eine gezielte Investition des iranischen Regimes“ in Frankfurt.

Ein Sprecher des Zentrums für Islamische Kultur sagte der Frankfurter Rundschau, aus all dem lasse sich keine politische Verbindung zum Iran schlussfolgern. Das ZIK sei nur religiös tätig. So gedenke man etwa des Gründers der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Khomeini, ausschließlich als Schiiten-Gelehrten. „Wir sind keine Regime-Angehörigen“ ([mehr](#)).

2.2. Was sonst noch war

- Empörung über Festnahme der Bundestagsabgeordneten Gökyak Akbulut (Die Linke) bei der Einreise in die Türkei ([mehr](#)); Deutscher Journalisten-Verband rät seinen Mitgliedern von Reisen in die Türkei ab ([mehr](#))
- Amadeu-Antonio-Stiftung warnt vor Neonazi-Szene rund um die Stadt Burg (Brandenburg): „Rechte Mafiaregion“ ([mehr](#))
- Evangelischer Theologe Jürgen Micksch mit Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet ([mehr](#))
- Kevelaer: Viele Tausend bei der 36. Wallfahrt der Tamilen zum Gnadenbild der Maria ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

Studie: Antisemitische Einstellungen unter Muslimen und bei AfD-Anhängern verbreitet

Antisemitische Einstellungen sind unter Muslimen und bei AfD-Anhängern stärker verbreitet als im Rest der Bevölkerung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung ([hier](#)).

Der Studie zufolge stimmen im Bevölkerungsdurchschnitt 4 Prozent der Aussage zu, dass Juden „hinterhältig“ seien. Unter Musliminnen und Muslimen lag die Zustimmung bei 12 Prozent. Rund ein Viertel der Muslime (26 Prozent) bejahen die Aussage, dass reiche Juden „die eigentlichen Herrscher der Welt“ seien (Gesamtbevölkerung: 6 Prozent; AfD-Anhänger: 20 Prozent). 7 Prozent akzeptieren Gewalt gegen Juden (Bevölkerung: 2 Prozent).

Für die Studie wurden zwischen Ende 2021 und Frühjahr 2022 rund 5.500 Menschen ab 16 Jahren in Deutschland befragt. In der Stichprobe sollten mindestens 500 Personen muslimischen Glaubens enthalten sein. Die Umfrage wurde von der USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt.

Konfrontiert wurden die Befragten nach Angaben des Autors Dominik Hirndorf mit bewusst harten Aussagen, um den „extremistischen Kern“ zu messen. Gefragt wurde etwa nach der Zustimmung zu der Aussage „Juden müssen sich nicht wundern, wenn sie einen drauf bekommen“. Als Zustimmung gewertet wurden dabei ausschließlich die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“.

Insgesamt lehne eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung antisemitische Aussagen entschieden ab, so Hirndorf. Erhöhte Zustimmung finde sich „unter Personen mit niedrigem formalen Bildungsabschluss, unter Menschen mit muslimischem Glauben und/oder Migrationshintergrund sowie innerhalb der AfD-Anhängerschaft.“

4. Video

Imame für Deutschland – Das „Islamkolleg“ in Osnabrück

Religionen im Gespräch

Gast: Murat Caglayan, Islamkolleg Deutschland, Osnabrück

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

5. Literatur: Neuerscheinungen

S. Pickel u.a. (Hg.), Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung, Wiesbaden 2023.

Hannover, den 25.8.2023

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.